

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile über deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

## Deutschland.

**Berlin, 18. November.** Der ständige Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsraths trat unter dem Vorsitz des Landesdirektors Freiherrn von Hammerstein-Pannocor am 14. d. M. zu seiner regelmäßigen Versammlung hierher zusammen. Er verbandet darüber einen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen:

„Gegenstand der Beratung war vorzugsweise die Feststellung der nächsten Plenarversammlung zu unterbreitenden Beratungsgegenständen, sowie eine Vorbesprechung über einzelne darauf bezügliche Fragen. Ein ganz besonderes Interesse nahm die Besprechung der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft in Anbetracht, wobei insbesondere auf den Abschluss eines Handelsvertrages mit Russland, sowie auf die aus dem Verhalten Spaniens in Bezug auf den Abschluss eines Handelsvertrages für die Spiritus-Industrie drohende Gefahr und schließlich auf die verschiedenen Steuerpläne der Reichsregierung hingewiesen wurde. Daß die Reichsregierung sich entschließen würde, Russland gegenüber diejenigen Vergünstigungen zuzugestehen, zu denen man sich gegenüber Oesterreich-Ungarn und den übrigen Vertragsländern seiner Zeit entschlossen hatte, glaubte man kaum annehmen zu dürfen. Abgesehen davon, daß bei der gegenwärtigen Preislage, namentlich des Getreides, in einer Verminderung des Zollschutzes gegen Russland eine sehr empfindliche Verletzung der Landwirtschaft erblickt werden müsse, war man vor allen Dingen darin einig, daß eine weit größere Gefahr noch drohe in der in Zukunft zu erwartenden Konkurrenz Russlands aus dem Gebiete der Viehproduktion und des Viehverkehrs. Auch konnte man dabei auf die Gefahr hinweisen, die eine Erleichterung der russischen Vieheinfuhr im Hinblick auf die Einschleppung und Verbreitung von Viehseuchen haben müsse, eine Gefahr, welche die Reichsregierung seiner Zeit beim Abschluss der Viehseuchenkonvention mit Oesterreich-Ungarn leider nur zu wenig beachtet hätte. Für alle Fälle wurde der Vorstand des deutschen Landwirtschaftsraths beauftragt, im gegebenen Zeitpunkt die Wünsche der Landwirtschaft auf diesem Gebiete in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen. — Hinsichtlich des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Spanien befragte man das Fortbestehen der Unsicherheit für die inländische Spiritusindustrie. Der Ausschuss war der Ansicht, daß die Reichsregierung alles aufwenden müsse, um Spanien von seiner Absicht, die deutsche Spirituseinfuhr zu erschweren, abzurufen, wenn möglich selbst durch Vorkehrungen, welche der Einfuhr spanischer Erzeugnisse nach dem Ablauf des jetzt bestehenden Provisoriums geradezu Hindernisse in den Weg legen sollten. Im Hinblick auf die verschiedenen in der Öffentlichkeit bereits besprochenen Steuerpläne der Reichsregierung wurden gleichfalls die lebhaftesten Befürchtungen zum Ausdruck gebracht. Wenn dem Vernehmen nach Änderungen der bestehenden Tabaksteuer und Spiritussteuer geplant werden sollten, so würde auch hier wieder die Landwirtschaft als der zunächst betroffene Theil die Kosten zu tragen haben. Man war einstimmig der Ansicht, daß eine Vermehrung der Besteuerung des inländischen Tabaks diesem Zweig der landwirtschaftlichen Produktion zum außerordentlichen Nachtheil sein müsse, ja selbst das Weiterbestehen der Tabakkultur in Deutschland in Frage stellen würde. Der Vorstand wurde ermächtigt, auch nach dieser Richtung hin im geeigneten Zeitpunkt bei den maßgebenden Stellen vorzulegen zu werden und dahin zu wirken, daß das Verhältniß, welches schon gegenwärtig zwischen der Steuer auf inländischen Tabak und Zoll auf ausländischen Tabak als außerordentlich drückend empfunden wird, möglichst beseitigt oder doch mindestens bei einer künftigen Verringerung der Tabaksteuer nicht noch vergrößert werde. — Gegenstand der Beratung bildete ferner die Frage, ob man nicht erneute Schritte thun solle, um die Regierungen zu veranlassen, energischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Viehseuchen, insbesondere der Maul- und Klauenseuche zu ergreifen. Mehr und mehr macht sich die Ansicht geltend, daß nicht sowohl in dem Erlaß der einzelnen Maßnahmen seitens der verschiedenen Landesregierungen, als vielmehr darin, daß die deutschen Landesregierungen einheitlich vorgehen, die Möglichkeit einer Beschränkung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gegeben sei. Dazu biete aber das Reichsgesetzgegend gegenüber keine Handhabe und müsse man daher bestrebt sein, auf eine Revision des Reichsgesetzes an sich hinzuwirken. Dem Plenum des deutschen Landwirtschaftsraths werden nach dieser Richtung hin die Vorschläge unterbreitet werden. Für die Tagesordnung der Plenarversammlung wurde ferner die Fortsetzung der Beratung über die Heimfälligkeitseinkommen (auf Grund der von den landwirtschaftlichen Zentralvereinen erstatteten Gutachten), sowie die Beratung über die Organisation des Vieh-Versicherungswesens in Deutschland in Aussicht genommen. Schließlich ist noch zu bemerken, daß der Ausschuss seinen Vorstand ermächtigte, die bereits früher der Reichsregierung vorgetragenen Wünsche auf den Erlaß der Novelle zum Unterhaltungswohnungs-gesetz wiederholt geltend zu machen und die Wichtigkeit der Abänderung dieses Gesetzes von Neuem zu betonen. — Als Zeitpunkt für die nächste Plenarversammlung wurde vorläufig die zweite Hälfte des Monats Februar kommenden Jahres in Aussicht genommen.“

— Da die französische Presse fortwährend dabei bleibt, daß sich doch Wünsche bei dem Herrn des Königs bezuglich in Dahome befinden sollen, so sind Erklärungen abgegeben worden, durch welche in bestimmter Weise festgestellt wurde, daß kein einziger Deutscher sich in diesem Augenblicke in Dahome befinden kann. Auch die Annahme, daß sich irgendwelche deutsche Abenteurer zu Behauptungen begeben haben könnten, wird dadurch hinfällig. Wenn Oberst Dobbs zwei Europäer erschossen haben sollte, wie in französischen Blättern berichtet wird, so können das keine Deutschen gewesen sein, wenn es sich nicht etwa um Angehörige der französischen Fremdenlegion handelt sollte, die vorher von dieser zu verurtheilt sein könnten. Selbst der unvernünftigste französische Chauvinist wird Deutschland wohl aber kaum für solche Verurtheilung verantwortlich machen können. Das Wahrscheinlichste ist allerdings, daß die ganze Geschichte von den Deutschen in Dahome nichts anderes ist als eine böswillige Erfindung der Pariser Blätter.

**Potsdam, 17. November. (W. T. B.)** Der Großfürst Vladimir ist heute Nachmittag 5 Uhr 25 Min. auf der Wildparkstation eingetroffen und daselbst von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen worden. Der Kaiser begab sich mit seinem hohen Gaste alsbald im offenen Wagen nach dem Neuen Palais.

**Kiel, 17. November.** Wie die „Kiel. Ztg.“ meldet, hat Sr. Majestät der Kaiser an den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Vize-Admiral Hollmann, folgendes Telegramm gerichtet: „Meinen Dank für die Meldung des glücklichen Stapellaufs des „Wiso“, „Comet“. Wieder ein erfreulicher Schritt weiter zur Stärkung unserer Marine. Möge er seine Aufgabe nach Wunsch erfüllen und manchen Kollegen erhalten.“

**Wernigerode, 17. November.** Das „W. Z. B.“ bringt folgende Bekanntmachung: „Se. Majestät der Kaiser und Königin hat bei seiner Abreise nochmals seiner lebhaften Befriedigung insbesondere über die wohlgeordnete, reiche und geschmackvolle Ausschmückung der Straßen der Stadt Ausdruck zu geben und mich wiederholt anzuweisen geruht, daß für die Bürgerstadt seinen Dank besonders auszusprechen, welchem allergnädigsten Befehl ich auf diesem Wege Folge leiste. Wernigerode, den 16. November 1892. Der Bürgermeister Schulz.“

**Wernigerode, den 16. November 1892.** Seine Majestät der Kaiser und Königin hat des Wiederholten Dank und Anerkennung auszusprechen geruht für den herrlichen Empfang, der ihm seitens der Einwohnerschaft der Stadt Wernigerode, sowie der Gemeinden Wernigerode und Hasserode bereitet worden ist, und für die schöne und reiche Ausschmückung der Straßen und Häuser in genannten Orten. Ich entbeuge mich eines allerhöchsten Auftrages, indem ich diesen Dank und Anerkennung zur Kenntnis der beehrten Einwohnerschaft bringe. Der königliche Landrath v. Hergberg.“

**Oesterreich-Ungarn.**  
**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Der ungarische Ministerpräsident Dr. Bekerle wurde heute Nachmittag um 3 Uhr vom Kaiser in Audienz empfangen, welche 1 1/2 Stunden währte. Die Erörterung des neuen Ministerpräsidenten sowie der Minister Hieronymi und Ludwig Tizga findet am Sonnabend statt, worauf dann die Vorstellung des Gesamtkabinetts beim Kaiser erfolgt. — Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge wird der Ministerpräsident am Montag anlässlich der Vorstellung des neuen Kabinetts im Parlament eine erschöpfende programmatische Erklärung abgeben.

**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Nach einer Meldung der „Neuen freien Presse“ aus Bukarest hätte sich die russische Regierung bei der internationalen Donaukommission über die Behandlung beiseite, welche das Gagarinsche Schiff „Doga“ bei der Einfahrt in die Sulina-Mündung erfahren habe.

**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Der Kaiser sagte einer Deputation aus Galizien die Uebnahme des Protektors über die im Jahre 1894 zu veranstaltende galizische Landesausstellung zu. Auch stellte der Kaiser seinen Besuch in Galizien gelegentlich der nächstjährigen Wahlen sowie für das Jahr 1894 in Aussicht.

**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Der König von Rumänien hat dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe das Großkreuz des Sterns von Rumänien verliehen.

**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Der König und der Kronprinz von Rumänien haben heute Nachmittag 2 1/2 Uhr die Kreuze nach Bukarest angetreten. Der Kaiser Franz Josef gab demselben bis zum Wahngang das Geleite und verabschiedete sich dort auf das herzlichste, indem er den König wiederholt küßte und dem Kronprinzen die Hand drückte.

**Wien, 17. November. (W. T. B.)** Von gestern Abend 6 Uhr bis heute Abend 6 Uhr sind hier 7 Cholera-Erkrankungen und ein Todesfall vorgekommen.

**Kraakau, 17. November. (W. T. B.)** In Ostwiecim ist die sanitäre Revision der Reisenden und des Gepäcks wieder aufgenommen worden.

**Niederlande.**

**Amsterdam, 17. November. (W. T. B.)** Die ärztliche Untersuchung, welcher aus Hamburg und aus den französischen Häfen kommende Schiffe in Ymbuden bisher unterworfen waren, ist aufgehoben worden.

Aus Utrecht werden zwei Todesfälle an Cholera gemeldet.

**Belgien.**

**Antwerpen, 17. November. (W. T. B.)** Die Quarantäne für Schiffe mit Verklüften von jeder Art ist aufgehoben worden. Die hier einlaufenden Schiffe unterliegen fortan nur einer einfachen ärztlichen Untersuchung.

**Frankreich.**

Auf das Verhältniß zwischen Russland und Frankreich kann ein abermaliger Wechsel des Kabinetts in Paris nur ungünstig wirken. Es würde dadurch aufs neue sich erweisen, daß gefestigte Verhältnisse in der französischen Republik, welche zu Abmachungen mit langer Dauer ermutigen, unerschütterlich zu sein können.

Das Kabinet Coubet ist von allen bisherigen Ministerien der Republik den Radikalen und Sozialisten am weitesten entgegengesetzt, hat sich daher im konservativen Lager erbitterte Feinde zugezogen, aber trotzdem die Forderungen der Radikalen nicht im Geringsten befriedigen können. Es scheint nun der Augenblick gekommen zu sein, wo es von diesen beiden äußersten Parteien der Kammer, welche dieser wie den früheren Regierungen gegenüber, sobald sie geschlossen stimmen, die Mehrheit haben, gestützt werden wird. Ein nach weiter links gehendes Kabinet wird für jetzt wenigstens schwerlich in Aussicht zu nehmen sein. Vielmehr stehen Männer wie Constans in Sicht, die zwar streng republikanisch gesinnt sind, aber rücksichtslos durchzugreifen verstehen und bei Vorfällen wie in Carmaux sich nicht so jammervoll schwächlich benehmen würden, wie es das jetzige Kabinet gethan.

An und für sich wäre in Petersburg ein derartiger Wechsel gewiß angenehm, aber in der Hauptsache würde es immer beim Alten bleiben: immer würden Konservative und Radikale vereint zu jeder Zeit auch ein neues Ministerium stützen können, da die

Mittelparteien keine absolute Mehrheit in der Kammer besitzen, überdies auch selber durch persönliche Eigenschaften der Führer und Eifersüchteleien in der Befugung der Ministerfüße sich schwächen. Man kann daher schwer errathen, was der heutige oder morgende Tag in der französischen Kammer bringen wird. Das Kabinet verlangt eine Verschärfung des Preßgesetzes im Hinblick auf die Vorfälle in Carmaux u. a. Die Radikalen sind hierüber natürlich empört, die Konservativen aber wünschen zunächst den Sturz der jetzigen Minister, um dann ihren Nachfolgern die Verschärfung zuzugestehen, da das jetzige Kabinet zu schwächlich sei, als daß es selbst jenes Gesetz anzuwenden verstände. Das Ministerium aber hat bei dieser Angelegenheit die Kabinetsfrage gestellt. Es handelt sich darum, ob die Rechte den Augenblick zu einem Ministerwechsel für günstig erachtet.

Als wäre es hiermit noch nicht genug, steht aber auch die Panamafrage zur Entscheidung. Soll Cesspeys und seine Mitschuldigen verfolgt werden? Der Justizminister hat, entgegen der Absicht Coubets, der den Skandal vermeiden wollte, bereits die Befugung der Frage entschieden, indem er den Oberprokurator anwies, die Verfolgung einzuleiten. Wir haben hier eine Spaltung im Kabinet selbst. Die Mehrheit der Kammer dürfte der Volksmeinung folgen, für den Justizminister sein. Er tritt sie demselben öffentlich durch eine Tagesordnung zur Seite, so kann Coubet kaum umhin, seine Entlassung zu geben. Da aber in Frankreich Alles von der Parteilichkeit im letzten Augenblick abhängt, so ist es immer noch möglich, daß man, nachdem die gerichtliche Untersuchung eingeleitet ist, in der Kammer überhaupt nicht auf die Sache zurückkommt.

**Paris, 15. November.** Die „Eclair“ die in Fragen der auswärtigen Politik sich ein ziemlich unbefangenes Urtheil zu bewahren pflegt, spottet der „Diplomates en chambre“, welche aus dem Besuch des russischen Thronfolgers in Wien auf eine Abschwächung des russischen Dreibundes schließen, oder doch wenigstens deren Wahrscheinlichkeit zur Grundlage ihrer politischen Kombinationen machen. Das Blatt weist kurz nach, was sich in der That ganz von selbst versteht, daß die verschiedenartigen Interessen Russlands und Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel jede Annäherung unmöglich machen, es sei denn, daß Russland auf seine Orientpolitik verzichte. Frankreich würde von einer solchen politischen Wendung überdies nur Nachtheil haben. „Nehmen wir einmal an“, schreibt die „Eclair“, „daß die Verabredung zu Stande käme. Es liegt auf der Hand, daß mit dem Gegensatz zwischen Russland und Oesterreich auch der zwischen Russland und Deutschland verschwinden würde, denn man würde vergeblich nach dem Grunde für letzteren freigesich suchen am Tage, wo Oesterreich-Ungarn freiwillig Russland die Balkanhalbinsel einräumte. Der Tag aber würde zweifellos die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bundes sehen, wie er von 1872 bis 1879 gewährt hat.“

Wenn die Anarchisten keine Dynamitanschläge machen, d. h. keine Propaganda durch die That treiben, so sorgen sie durch Wort und Schrift für die Verbreitung ihrer Theorien, die Polizei aber sieht mit verdorrten Armen zu. Der „Pere Peinard“ veröffentlichte dieser Tage einen Artikel, der mit den Worten endete: „Nieder mit der Armer, nieder mit dem Vaterlande“. Man verheißt ferner in den Arbeiterkreisen und vor den Kavernen einen Flugzettel, der so überschrieben ist: „Dédicé aux trois vaches, Rothschild, Carnot, Léon XIII, à mort!“ In kleineren Versammlungen feierten die Anarchisten die unbekannten Urheber des jüngsten Dynamitverbrechens und sangen „dynamitons, dynamitons“ oder auch „vive la marmite!“ Und dabei bespottet die Regierung, energisch zu sein.

Das große Ereigniß hat sich endlich vollzogen: die Regierung hat, wie telegraphisch schon gemeldet, die gerichtliche Verfolgung des Herrn v. Cesspeys und seiner noch größere Verantwortung tragenden Mitschuldigen angeordnet. Dieser bedeutsame Entschluß hat nicht nur lebenswichtige Kämpfe im Ministerium verursacht, sondern — was viel bedeutender ist — er scheint nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu Stande gekommen zu sein. Man wird ihn also dem Ministerium Coubet nichts weniger als zum Verdienste anrechnen und ihm denselben Vorwurf machen, wie in der Carmaux-Angelegenheit, nämlich keine eigene Meinung und keinen eigenen Willen zu besitzen. Im Uebrigen erscheint es verflucht, auf die Panamafrage, mit der ich mich noch vor wenigen Wochen ausführlich beschäftigt habe, von neuem einzugehen, da die unmittelbare bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe gar leicht eine völlige Umgestaltung der Lage herbeiführen könnten. In diesem Falle dürfte man von Panama voraussichtlich wieder längere Zeit nichts hören.

**Paris, 17. November. (W. T. B.)** Deputirtenkammer. (Fortsetzung.) Der Ministerpräsident Coubet erklärte in Erwiderung auf die Ausführungen der Vorredner, in seinem Lande habe die bürgerliche Gesellschaft soviel für das Volk wie in Frankreich. (Beifall.) Frankreich genieße volle Freiheit. Man spreche von Spaltungen. Man werbe, sobald eine Gefahr entstehe, schon leben, ob nicht volle Einigkeit bestehe. (Beifall.) Zu dem Preßgesetz-Courant übergehend, legte Coubet unter Führung einzelner Beispiele dar, daß das Gesetz vom Jahre 1881 sich als unzureichend erwiesen habe. Eine gewisse Art der Presse sei eigens geschaffen worden, um fortgesetzte Drohungen zu verbreiten. Diese Presse entspreche sich durch den Wechsel der verantwortlichen Herausgeber der geistlichen Verfolgung. Es handle sich nicht um einen Angriff auf die Freiheit, sondern um die gerichtliche Ahndung solcher Handlungen. Coubet beantragte, in die Beratung der einzelnen Artikel der Vorlage einzutreten und stellte zu dem letztgültigen Beschluß der Kammer die Vertrauensfrage.

**Paris, 17. November. (W. T. B.)** Wie verlautet, ist dem Polizeipräsidenten ein Drohbrieff zugegangen, in welchem unter Hinweis auf die vom Polizeigerichtshof von Bouvrest bestätigte Anklage gegen den Anarchisten Francois an Frankreich ein neuer anarchistischer Anschlag angekündigt wird.

**Italien.**  
**Rom, 15. November.** Die vielmitteltene Frage der ersten nationalen Ausstellung in Rom, welche für das Jahr 1895 in Aussicht genommen ist, hat zu einer Krise im Stadthaus auf dem

Kapitol geführt. Der Bürgermeister Don Dorato Cestani, Herzog von Sermoneta, welcher sich weigerte, der geforderten Unterstützung des sehr bedenklichen Unternehmens aus dem Stadtsäckel zuzustimmen, hat aus diesem Grunde das erfolgreich geführte Ehrenamt niedergelegt, und der Gemeinderath hat gestern an seiner Stelle den früheren Finanzbeisitzer Don Emanuel Ruspoli zum Bürgermeister gewählt. Derselbe gilt als Freund des Ausstellungsplanes, der in der That durch die radikalen Blätter und die Gesellschaft des Ausstufes bereits als gesichert bezeichnet wird. Der Fürst Ruspoli bringt übrigens werthvolle Eigenschaften in das Stadthaus mit. Abgesehen von seiner mit nicht allzuvielen römischen Nobilität und Römern überhaupt getheilten patriotischen Vergangenheit (er verließ als 21jähriger schon 1859 den Kirchenstaat, um als Freiwilliger den Feldzug in Oberitalien mitzumachen) kann er auf eine über zwanzigjährige Laufbahn als Stadtvorstand und Kommunalmitglied zurückblicken. 1877 wurde er Bürgermeister und legte Hand an die Neuordnung der Stadterwaltung. 1889 war er es in erster Linie, der durch seine Denkschrift über die städtischen Finanzen das Gesetz betreffend die Staatshilfe für Rom herbeiführte. Nach Einlegung des Regierungskommissars wurde er zum Vorsitzenden der Volkshilfs-Kommission ernannt und erneuerte auch hier die Verwaltung. Es ist zu hoffen, daß er die Unterfertigung des Ausstellungsplanes in denjenigen Grenzen halte, welche einen Rückschlag auf die noch immer heftig städtische Finanzlage ausüben.

**Rom, 17. November.** Der „Moniteur de Rome“ erklärt, in Russisch-Polen sei nahezu die ganze Hierarchie wieder in ihre alten Rechte eingesetzt; dank der unermüdeten vatikanischen Politik sei eine völlige Ausbesserung (?) der Polen mit Russland zu erwarten. Niemand dürfe diesen Erfolg freudig begrüßen als Frankreich.

**Rom, 17. November.** In Deputirtenkreisen wird berichtet, die Regierung werde als Kandidaten für den Kammervorsitz einen entschiedenen Progressisten aufstellen, um sofort die Opposition zum Fachebekennen zu nöthigen. In diesem Falle werde die Rechte weisse Stimmzettel abgeben.

Die Mitglieder des päpstlichen Hofstaates sowie zahlreiche hohe Geistliche und Inhaber päpstlicher Titel und Orden werden den neuen Vorkämpfer von London förmlich beglückwünschen, um ihre Befriedigung über diese Auszeichnung eines Katholiken kundzugeben, welche der vatikanische „Monit.“ als ein günstiges Vorzeichen für die Rückkehr Englands zum Katholizismus betrachtet.

Mehrere Blätter verlangen, daß die Regierung wegen der Anschläge des ungarischen Primas Bazary gegen Italien in einem Hirtenbriefe in Wien vorstellig werde.

## Großbritannien und Irland.

**London, 15. November.** Eine bewaldete, schwimmende Insel im nordatlantischen Ozean wird von den amerikanischen Seeebehörden als Gefahr für die Schifffahrt signalisirt. Ein Stück der amerikanischen Küste mit Flächeninhalt von etwa 10 Aren hat sich losgelöst und treibt jetzt als Insel im Ozean herum, wo die auf derselben befindlichen Bäume 30 Fuß über dem Wasserspiegel herausragen und auf sieben Seemeilen weit sichtbar sind. Eine Strömung treibt die Insel mit einer Geschwindigkeit von einer Seemeile in der Stunde der großen transatlantischen Dampferfahrtswege zu. Es ist nicht unmöglich, daß das Stück amerikanischen Urwalds an der europäischen Küste landet.

**London, 16. November.** Ein in der That überraschendes Zugeständnis an Deutschland und ehrendes Zeugnis für seine in Ostafrika begonnene Kulturarbeit findet sich in der „Times“ vom 14. d. M. gelegentlich eines Berichtes über eine Veranlassung von Angehörigen der englischen „Universitäts-Mission“ in London. Bischof Smalby hat danach unter Anderem in seiner Rede die Befürchtung ausgesprochen, daß ein Rückzug Englands aus Uganda voraussichtlich die Rückkehr des Mahomedanismus daselbst und ein Anwachsen des Sclavenhandels zur Folge haben werde. „Er hoffe aber“, hat er dann weiter gesagt, „daß wenn England aus Uganda weiche, Deutschland die Gebiete übernehme und vor der gefährlichen Gefahr bewahren werde. Offen räumte der Bischof dabei die Förderung und Hilfe, die die englische Mission allezeit bei Deutschland gefunden hätte, und wie daselbst keinerlei Ungerechtigkeit gegen die Eingeborenen übete. Besonders dankte er dem Kaiser Wilhelm für sein nachdrückliches Verbot des Sclavenhandels. Die deutsche Art sei bislang in Afrika besonders glücklich gewesen.“ — Das ist fürwahr ein für uns Deutsche werthvolles Zeugnis, und das englische Publikum wird im Hinblick darauf um so eher die Entrüstung in Deutschland darüber verstehen, daß die englischen Missionare in Moschi gegenüber dieser deutschen Förderung und Hilfe sich so unbankbar erwiesen haben!

Die Polemik über den Austritt des Kommissars Murphy aus der Untersuchungskommission betreffend die ausgelegten irischen Fächer hat zur Publikation des Schriftwechsels zwischen ihm und dem Präsidenten der Kommission geführt. In der in Dublin am Montag abgehaltenen Sitzung der Kommission verbreitete sich der präsidierende Richter Mathew über die dem Rücktritt Murphy's vorhergegangene Unterhandlung und verlas den erwähnten Schriftwechsel. Der erste Brief stammte von Murphy, der unter dem 8. November dem Vorstehenden schrieb, daß nach sorgfältiger Erwägung der Ansprüche des Letzteren bei der Eröffnung der Kommission und der Aussagen von Zeugen, er, wenn auch widerstrebend, zu dem Schluß gekommen sei, aus verschiedenen Gründen, besonders aber, weil er glaube, daß die Zulassung eines Kreuzverhörs jetzt eine Nothwendigkeit geworden, nicht länger Mitglied der Kommission bleiben zu können. Der Vorstehende antwortete darauf, daß Murphy sich in einer Beratung mit den anderen Kommissarien verständigte, aber dieser lehnte dies ab und beharrte bei seiner Abankung. Inzwischen hat der Agent des Lord Claurcarde ebenfalls angezeigt, daß er ablehne, von der Kommission vernommen zu werden. Seit dem erwähnten Vorfall hat Murphy eine Zuschrift an die Zeitungen gesandt, in der er die Äußerungen des Vorstehenden in der Montagsitzung kritisirte. Alle diese Ereignisse werden von der oppositionellen Presse mit Eifer benutzt, die Kommission noch mehr zu diskreditiren.

**Russland.**  
**Im Petersburger „Herald“** führt J. J. B. in längerer Darlegung aus, die russischen Expeditionen auf den Pamir seien dadurch veranlaßt worden, daß, von England angezogen, seit 1884 der Emir von Afghanistan verschiedene Versuche gemacht habe, von dort aus Berganah, das frühere Kokand, aufzuwiegeln. Ein Erfolg seiner Emisäre, denen sich nur Abenteurer und trübselige Kokandier des Khans in Kokand angeschlossen, sei allerdings durch die ablehnende Haltung des Volkes selbst, das von der Rückkehr der alten Zustände nichts Gutes erwartete, vereitelt worden. Die Russen hätten es aber doch schließlich für nöthig erachtet, schon um Schätze der durch jene Unruhen stets in ihrer Existenz gefährdeten Pamir-Kirgisen, die Besitzverhältnisse auf dem Pamir in Erinnerung zu bringen und festzulegen. Aus diesen Erwägungen seien die russischen Pamir-Expeditionen entsprungen.

**Petersburg, 17. November.** Gutem Vernehmen nach soll zur vollständigen Deckung der ordentlichen Ausgaben, sowie zur theilweisen Deckung der außerordentlichen Ausgaben in dem Budget für 1893 die Accise auf Branntwein, Tabak, Bier, Phosphor-Bambölzer und Kerolin, sowie der Einfuhrzoll auf Baumwolle und die Handelssteuer erhöht werden; ferner soll eine Mißtheilsteuer, Poststeuer, Salzsteuer und eine Besteuerung der vom Militärdienst befreiten Personen neu eingeführt werden und außerdem eine anderweitige Regulirung der direkten Steuern eintreten.

**Satum, 17. November. (W. T. B.)** Der Großfürst-Thronfolger traf heute früh hier ein und legte Nachmittags seine Reife nach Abas Tuman, wo sich gegenwärtig der Großfürst Georg Alexandrowitsch aufhält, fort.

## Serbien.

**Belgrad, 17. November. (W. T. B.)** Gestern ist hier ein Arbeiter unter choleraartigen Erscheinungen erkrankt und in das Vardar-Spital transportirt worden.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 18. November.** Der nächstjährige Postetat wird wiederum eine bedeutende Vermehrung der verschiedenen Beamtenstellen bringen, unter Anderen nahezu 400 Stellen für Oberassistenten, 500 für Assistenten, 1000 für Unterbeamte, 300 für Pächter und Stadtpostboten, 400 für Landpostträger. Ferner sollen 12 Stellen für Vorarbeiter der Postämtern 1. Klasse, 10 für solche 2. Klasse geschaffen und 10 Postagenturen in Postämtern 3. Klasse umgewandelt werden. Wie der „Abend“ hört, beabsichtigt die Telegraphenverwaltung eine Erneuerung bei sämtlichen Fernsprechstellen in Berlin einzuführen. Im Ausland werden nämlich schon seit längerer Zeit für Anrufszwecke ausschließlich Induktoren verwendet, während die Reichs-Telegraphenverwaltung den ursprünglich eingeführten Batteriewerkbetrieb beibehalten hat. Nachdem der Induktionswerkbetrieb neuerdings wesentlich vervollkommen worden ist, soll derselbe nunmehr auch für die gesamte Fernsprechnetzverbreitung in Berlin zur Einführung kommen. Im nächstjährigen Reichshaushaltsetat dürfte zur Ausführung dieses Planes bereits eine beträchtliche Summe, die sich auf etwa 700,000 Mark belaufen wird, gefordert werden.

— Auf dem Gebiete der Rechtspflege ist eine wichtige Aenderung insofern zu erwarten, als die Kompetenz der Amtsgerichte erweitert werden soll, und zwar namentlich nach der Richtung hin, daß dieselben auch für Klageobjekte über 300 Mark hinaus zuständig sein sollen. Wie wir vernehmen, soll eine Grenze bis zu 800 Mark hinauf in Aussicht genommen, eine definitive Festlegung in dieser Beziehung aber noch nicht erfolgt sein und erst nach dem Ergebnis der angelegten statistischen Erhebungen stattfinden. Ueber den Zeitpunkt der Einführung dieser Maßregel, welche schon längst ein dringender Wunsch der Geschäftswelt ist und eine wesentliche Entlastung der überbürdeten Landgerichte herbeiführen würde, verläutet zwar noch nichts Bestimmtes, doch ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß der Antrag auf eine solche Abänderung der Zivilprozessordnung noch in der bevorstehenden Parlamentssession gestellt wird.

— Der 150. Geburtstag des Feldmarschalls von Blicher, Fürsten von Wahlstatt, wird bekanntlich in militärischen Kreisen am 16. Dezember feierlich begangen werden. Besonders glänzend wird vom Husaren-Regiment Fürst Blicher von Wahlstatt (pommerl.) Nr. 5 dieser Tag gefeiert werden. Das in den Städten Stolz und Schläue garnisonirende Regiment soll in ersterem Orte zu einer großen Parade aufmarschiren, an welcher sich ein Heerhaufen des Offizierskorps anschließt, an dem sich viele Offiziere, welche dem Regiment früher angehört haben, betheiligen.

— Wie man uns mittheilt, beabsichtigt die freijährige Wählerchaft der Rastabe bei der am Montag stattfindenden Stichwahl zwischen Herrn Restaurateur K r a u s e und Herrn Buchdruckereibesitzer D e r b e r t für Ersteren zu stimmen. Die Wahl desselben ist daher wohl gesichert.

\* Der Komitör Emil G l u m m e r t wurde gestern hier verhaftet, von dem unterschlagenen Gelde fand sich nichts mehr bei ihm vor.

\* Bei dem Kaufmann T r o i k e in der Falkenwaderstraße war im vorigen Jahre der Arbeiter Karl R o c h aus Finkenwalde angestellt. Derselbe wußte sich den Geschäftseinkommen seines Vorgesetzten zu verschaffen und fertigte damit Heftzettel aus, auf welche er bei verschiedenen Kaufleuten Waaren, sowie einen Wagen erzwang. Gestern nun gelang es unter dem Beistande der Kriminalpolizei den R o c h, der auch im Verbauch steht, an einem fürzlich bei T. verübten Einbruchsdiebstahl betheiligt gewesen zu sein, in Finkenwalde zu verhaften.

— Ein interessanter Theaterabend steht für Dienstag, den 22. d. M., im Stadthaus bevor, indem an diesem Tage die Erkaufung des „Wulstamas“, „Sind“, einer Komposition des verdienten Kapellmeisters unseres Stadttheaters, Herrn Heinrich Grimm, stattfindet. Letzterer hat sich während seiner bisherigen hiesigen Tätigkeit als ebenso umsichtiger, wie gewissenhafter Kapellmeister erwiesen und verdient derselbe wohl, daß der ersten Aufführung seines Werkes allezeitige Beachtung entgegengebracht werde.



